



Oberbayerisches Amtsblatt

Amtliche Bekanntmachungen der Regierung von Oberbayern, des Bezirks Oberbayern, der Regionalen Planungsverbände und der Zweckverbände in Oberbayern

Nr. 1/12. Januar 2007

Inhaltsübersicht

Kommunalverwaltung

Haushaltssatzung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München für die Haushaltsjahre 2007 und 2008

Haushaltssatzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Erding für das Haushaltsjahr 2007

Bauwesen

B 16 Donauwörth - Ingolstadt
Höhenfreimachung Südparkzufahrt Neuburg
km 14,645 - km 15,570;
Prüfung der Notwendigkeit einer UVP

Schulwesen

Fünfte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Ebersberg

Sechzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen

Sechzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Miesbach

Dreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn

Einundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

Einundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm

Dreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim

Einunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim

Zweiunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim

Landesentwicklung

Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes München für das Haushaltsjahr 2007 8

Planungsverband Region Oberland;
Sitzung am 18. Januar 2007 8

Kommunalverwaltung

1

2 PLANUNGSVERBAND ÄUSSERER WIRTSCHAFTSRAUM MÜNCHEN

Haushaltssatzung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München für die Haushaltsjahre 2007 und 2008

I.

3 Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München erlässt gemäß Art. 63 ff. der Gemeindeordnung in Verbindung mit Art. 41 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit und § 20 ff. der Verbandssatzung folgende Haushaltssatzung:

§1

3 (1) Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 wird hiermit festgesetzt; er schließt im Jahr 2007

3 im Verwaltungshaushalt
in den Einnahmen und Ausgaben mit 3 373 200 €3 und im Vermögenshaushalt
in den Einnahmen und Ausgaben mit 50 800 €

4 ab.

4 (2) Im Jahr 2008 schließt er
im Verwaltungshaushalt

5 in den Einnahmen und Ausgaben mit 3 330 300 €

5 und im Vermögenshaushalt
in den Einnahmen und Ausgaben mit 21 750 €

5 ab.

6 § 2
Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 nicht vorgesehen.

6 § 3

6 Verpflichtungsermächtigungen sind in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 nicht vorgesehen.

7 § 4

7 (1) Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf beläuft sich nach dem Haushaltsplan im Jahr 2007 auf 1 489 000 €. Er ist durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen. Bemessungsgrundlage des Beitrags der Städte und Gemeinden

sowie der Landkreise ist die von diesen Körperschaften vertretene Bevölkerung. Der Beitrag für die Städte und Gemeinden (mit Ausnahme der Landeshauptstadt München) beträgt 0,49 €, für die Landkreise 0,39 € je Einwohner und Jahr nach dem Stand zum 31. Dezember 2005 laut Veröffentlichung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung. Die Landeshauptstadt München leistet einen Beitrag in Höhe von 440 000 €.

(2) Im Jahr 2008 beträgt der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf nach dem Haushaltsplan 1 419 600 €. Er ist durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen. Bemessungsgrundlage des Beitrags der Städte und Gemeinden sowie der Landkreise ist die von diesen Körperschaften vertretene Bevölkerung. Der Beitrag für die Städte und Gemeinden (mit Ausnahme der Landeshauptstadt München) beträgt 0,47 €, für die Landkreise 0,37 € je Einwohner und Jahr nach dem Stand zum 31. Dezember 2006 laut Veröffentlichung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung. Die Landeshauptstadt München leistet einen Beitrag in Höhe von 417 000 €.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 auf jeweils 250 000 € festgesetzt.

§ 6

Die Haushaltssatzung des Haushaltsjahres 2007 tritt mit dem 1. Januar 2007 in Kraft. Die Haushaltssatzung des Haushaltsjahres 2008 tritt mit dem 1. Januar 2008 in Kraft.

II.

Die Haushaltssatzung wurde von der Regierung von Oberbayern mit Schreiben vom 30. November 2006, Az.: 12.2-1446 PV M 07/08 genehmigt. Die Satzung liegt ab dem Tag der amtlichen Bekanntmachung eine Woche lang zur Einsichtnahme in der Geschäftsstelle des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München, Uhlandstraße 5, 80336 München, auf.

München, 11. Dezember 2006

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München

Karl-Heinz Bauernfeind

Erster Bürgermeister, Verbandsvorsitzender OBABl 2007, S.1

ZWECKVERBAND FÜR TIERKÖRPERBESEITIGUNG ERDING

Haushaltssatzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Erding für das Haushaltsjahr 2007

I.

Auf Grund der Art. 40 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeindeordnung erlässt der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Erding folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wird hiermit festgesetzt; er schließt ab

im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit	756 000 €
und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit	140 000 €

§ 2

Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Die Verbandsumlage wird wie folgt festgesetzt:

Der ungedeckte Bedarf des Haushaltsjahres 2007 beträgt 705 000 € (Siebenhundertfünftausend Euro).

Der Betrag wird gemäß § 10 der Satzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Erding auf die Mitglieder folgendermaßen umgelegt:

Landkreis/Stadt	Umlage Euro
Bad Tölz-Wolfratshausen	63 972
Ebersberg	66 136
Erding	120 217
Freising	81 047
Miesbach	52 903
München	87 498
Rosenheim Landkreis	170 451
Rosenheim Stadt	18 439
Starnberg	44 337
Summe	705 000

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 0 € festgesetzt.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

II.

Die Haushaltssatzung liegt während des gesamten Jahres im Landratsamt Erding, Zimmer 101, zur Einsichtnahme auf.

Erding, 4. Dezember 2006

Martin Bayerstorfer

Landrat, Zweckverbandsvorsitzender OBABl 2007, S. 2

Bauwesen

REGIERUNG VON OBERBAYERN

B 16 Donauwörth - Ingolstadt Höhenfreimachung Südparkzufahrt Neuburg km 14,645 - km 15,570 Prüfung der Notwendigkeit einer UVP

Bekanntgabe vom 12. Januar 2007 32-4354.0-219

Das Staatliche Bauamt Ingolstadt plant die Umgestaltung der höhengleichen Einmündung der Zufahrt für das Einkaufszentrum „Südpark Neuburg“ in die B 16 Donauwörth - Ingolstadt zur Vermeidung von Gefahrensituationen und Verbesserung des Verkehrsflusses zu einer höhenfreien Kreuzung. Für dieses Bauvorhaben hat das Staatliche Bauamt Ingolstadt mit Schreiben vom 31. Oktober 2006 Planunterlagen zur Prüfung bei der Regierung von Oberbayern vorgelegt.

Für das Bauvorhaben war nach § 3 e Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 3 c Abs. 1 Satz 1 und 3 UVPG mittels einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles festzustellen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Die Vorprü-

fung hat ergeben, dass das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter zur Folge haben wird. Die vorgesehenen Baumaßnahmen nehmen nur in geringem Umfang Naturgüter wie Boden, Wasser und Natur und Landschaft in Anspruch. Nationale Schutzgebiete und Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung sind nicht betroffen. Für das Vorhaben ist somit keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 3 a Satz 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Auskünfte zu dem Vorhaben können bei der Regierung von Oberbayern, Maximilianstraße 39, 80538 München, Sachgebiet 32, unter der Telefonnummer 089/2176-2726 eingeholt werden.

München, 12. Januar 2007
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

OBABl 2007, S. 2

Schulwesen

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Fünfte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Ebersberg

Vom 19. Dezember 2006 44-5103-EBE-1/06

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006, GVBl S. 397) erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Ebersberg vom 23. Mai 1979 (RABl OB S. 139), zuletzt geändert durch die Vierzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Ebersberg vom 16. Juni 2006 (OBABl S. 152), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
3.	Volksschule Ebersberg (Grund- und Hauptschule) Das Gebiet der Stadt Ebersberg ohne die Stadtteile Aepfelkam, Altmannsberg, Au, Bärmühle, Dieding, Englmeng, Halbing, Haselbach, Kumpfmühle, Langwied, Mailing, Motzenberg, Neuhausen, Oberlaufing, Oberndorf, Pötting, Pollmoos, Rinding, Ruhensdorf, Schrankenschneider, Sigersdorf, Traxl, Unterlaufing, Weiding und Westerndorf; dazu die gemeindefreien Gebiete Anzinger Forst, Ebersberger Forst und Eglhartinger Forst zwischen Staatsstraße 2080 (Mitte) und Gemeindeverbindungsstraße Ebersberg – Anzing. Dazu für die Jahrgangsstufen 5 bis 9: Das restliche Gebiet der Stadt Ebersberg ohne Stadtteil Pötting; das Gebiet der Gemeinde Steinhöring.

2. § 1 Nr. 15 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
15.	Volksschule Steinhöring (Grundschule) Das Gebiet der Gemeinde Steinhöring; dazu der Stadtteil Bärmühle der Stadt Ebersberg.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2007 in Kraft.

München, 19. Dezember 2006
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

OBABl 2007, S. 3

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Sechzehnte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen

Vom 20. Dezember 2006 44-5103-GAP-5/05

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006, GVBl S. 397) erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen vom 22. Juni 1979 (RABl OB S. 156), zuletzt geändert durch die Fünfte Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen vom 24. Juli 2006 (OBABl S. 173), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 4 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
4.	Volksschule Farchant (Grundschule) Das Gebiet der Gemeinde Farchant

2. § 1 Nr. 5 Buchst. a) erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
5.a)	Volksschule Garmisch-Partenkirchen, an der Burgstraße (Grundschule) Das Gebiet des Marktes Garmisch-Partenkirchen, das durch folgende Linie begrenzt wird: Schnittpunkt der Gemeindegrenzen Garmisch-Partenkirchen / Farchant mit der Grenze des gemeindefreien Gebietes Ettaler Forst am Großen Zunderkopf – gerade Verbindungslinie zum Kramerspitz – gerade Verbindungslinie zum Berggasthof St. Martin (einschließlich) – Buchbergweg (einschließlich) – Feldstraße (einschließlich) – von-Müller-Straße (Mitte) – Zugspitzstraße (Mitte) – Rießerseestraße (ein-

dazu der Gemeindeteil Holz der Gemeinde Bad Wiessee;

dazu die Anwesen Haus-Nrn. 15, 16 und 17 des Gemeindeteils Eck der Gemeinde Hausham.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2007 in Kraft:

München, 19. Dezember 2006
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

OBABI 2007, S. 4

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Dreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn

Vom 19. Dezember 2006 44-5103-MÜ-4/06

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006, GVBl S. 397) erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn vom 3. Juli 1979 (RABl OB S. 200), zuletzt geändert durch die Neunundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Mühldorf a. Inn vom 30. November 2006 (OBABI S. 254), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
5.	Volksschule Haag i.OB (Grund- und Hauptschule) Das Gebiet des Marktes Haag i. OB. Dazu für die Jahrgangsstufen 5 bis 9: Das Gebiet der Gemeinde Kirchdorf; das Gebiet der Gemeinde Maitenbeth; das Gebiet der Gemeinde Rechtmehring; die Gemeindeteile Aign, Blümreit, Furth, Guggenstätt, Höck, Kötzerstätt, Lechen, Mistbichl, Reichwimmer, Reisach, Weberstett und Winhart der Gemeinde Reichertsheim.

2. § 1 Nr. 15 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
15	Volksschule Rechtmehring-Maitenbeth (Grundschule) Das Gebiet der Gemeinde Rechtmehring; dazu das Gebiet der Gemeinde Maitenbeth.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2007 in Kraft.

München, 19. Dezember 2006
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

OBABI 2007, S. 5

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Einundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

Vom 19. Dezember 2006 44-5103-ND-2/06

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006, GVBl S. 397) erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen vom 17. Juli 1979 (RABl OB S. 176), zuletzt geändert durch die Zwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen vom 31. März 2006 (OBABI S. 87), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
2.	Volksschule Berg im Gau (Grundschule) Das Gebiet der Gemeinde Berg im Gau; dazu das Gebiet der Gemeinde Langenmosen ohne die Anwesen in der Klingsmooser Straße des Gemeindeteils Malzhausen; dazu das Gebiet der Gemeinde Brunnen ohne die Gemeindeteile Gadenhof, Hönighausen, Hohenried und Kaltenthal.

2. § 1 Nr. 13 Buchst. c) erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
13.c)	Michael-Sommer-Volksschule Schrobenhausen (Hauptschule) Das Gebiet der Stadt Schrobenhausen; dazu das Gebiet der Gemeinde Berg im Gau; dazu das Gebiet der Gemeinde Langenmosen ohne die Anwesen in der Klingsmooser Straße des Gemeindeteils Malzhausen.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, 19. Dezember 2006
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

OBABI 2007, S. 5

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Einundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm**Vom 19. Dezember 2006 44-5103-ND-2/06**

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006, GVBl S. 397) erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm vom 12. März 1979 (RABl OB S. 51), zuletzt geändert durch die Zwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm vom 10. Februar 2006 (OBABl S. 70), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
5.	<p>Volksschule Hohenwart (Grund- und Hauptschule)</p> <p>Das Gebiet des Marktes Hohenwart ohne die Gemeindeteile Ellenbach, Englmannsberg, Koppenbach, Loch, Rothof und Wolfshof;</p> <p>dazu die Gemeindeteile Gadenhof, Hönighausen, Hohenried und Kaltenthal der Gemeinde Brunnen (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen);</p> <p>dazu die Gemeindeteile Schenkenau und Wangen der Gemeinde Waidhofen.</p> <p>Dazu für die Jahrgangsstufen 5 bis 9:</p> <p>Die Gemeindeteile Ellenbach, Englmannsberg, Koppenbach, Loch, Rothof und Wolfshof des Marktes Hohenwart;</p> <p>das Gebiet der Gemeinde Brunnen (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen) ohne die Gemeindeteile Gadenhof, Hönighausen, Hohenried und Kaltenthal;</p> <p>das restliche Gebiet der Gemeinde Waidhofen (Lkr. Neuburg-Schrobenhausen).</p>

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, 19. Dezember 2006

Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

OBABl 2007, S. 6

REGIERUNG VON OBERBAYERN

Dreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim**Vom 19. Dezember 2006 44-5103-RO-LD-3/06**

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai

2000 (GVBl S. 414, berichtigt S. 632, BayRS 2230-1-1-UK, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006, GVBl S. 397) erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim vom 30. Mai 1979 (RABl OB S. 179), Neubeschreibungen vom 24. Januar 1985 (RABl OB S. 50) und vom 20. Juli 1990 (RABl OB S. 141, Berichtigung S. 168), zuletzt geändert durch die Neunundzwanzigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim vom 30. November 2006 (OBABl S. 254), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 29 Buchst. a) erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
29.a)	<p>Volksschule Riedering (Grundschule)</p> <p>Die Gemeindeteile Abersdorf, Aign, Bergham, Beuerberg, Brand, Daxlberg, Ecking, Esbaum, Gögging, Haring, Heft, Holzen, Neukirchen a. Simssee, Niedermoosen, Obermoosen, Oberputting, Patting, Persdorf, Petzgersdorf, Ried, Riedering, Schlierholz, Schlipfing, Schmidham, Sechtl, Siegharting, Spreng, Thalham, Tiefenthal, Tinning, Untermoosen, Unterputting, Wieden und Wolferkam der Gemeinde Riedering.</p>

2. § 1 Nr. 37 Buchst. b) erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
37.b)	<p>Otfried-Preußler-Volksschule Stephanskirchen (Grund- und Hauptschule)</p> <p>Für die Jahrgangsstufen 1 bis 4:</p> <p>Die Gemeindeteile Baierbach, Eitzing, Fussen, Haidholzen, Högering, Kieling, Kleinholzen, Kohlhaufmühle, Kronstauden, Krottenhausmühle, Landlmühle, Pulvermühle, Puster, Reiking, Schömering, Sims, Simserfilze, Simssee, Sonnenholz, Stephanskirchen, Waldering und Weinberg der Gemeinde Stephanskirchen;</p> <p>der Gemeindeteil Kragling der Gemeinde Stephanskirchen östlich folgender Grenze:</p> <p>Staatsstraße 2095 (Mitte) – Simsseestraße/ Staatsstraße 2362 (Mitte);</p> <p>die Gemeindeteile Westerndorf und Westerndorferfilze der Gemeinde Stephanskirchen östlich folgender Grenze:</p> <p>Lochbreitenstraße (Mitte) – Filzenweg (Mitte) – Birkenriedstraße (nicht zugehörig).</p> <p>Für die Jahrgangsstufen 5 und 9:</p> <p>Das Gebiet der Gemeinde Stephanskirchen;</p> <p>dazu das Gebiet der Gemeinde Prutting ohne den Gemeindeteil Salmering,</p> <p>dazu das Gebiet der Gemeinde Riedering;</p> <p>dazu die Gemeindeteile Reischach und Rins und das Anwesen Haus-Nr. 10 des Gemeindeteils Siferling der Gemeinde Söchtenau;</p> <p>dazu das Gebiet der Gemeinde Vogtareuth.</p>

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, 19. Dezember 2006
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

OBABl 2007, S. 6

REGIERUNG VON OBERBAYERN

**Einunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der
Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen
im Landkreis Rosenheim**

Vom 19. Dezember 2006 44-5103-RO-LD-4/05

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, berichtet S. 632, BayRS 2230-1-1-UK, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006, GVBl S. 397) erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim vom 30. Mai 1979 (RABl OB S. 179), Neubeschreibungen vom 24. Januar 1985 (RABl OB S. 50) und vom 20. Juli 1990 (RABl OB S. 141, Berichtigung S. 168), zuletzt geändert durch die Dreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim vom 19. Dezember 2006 (OBABl 2007, S. 6), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 5 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
5.	Volksschule St. Peter Rosenheim-Westerdorf (Grund- und Hauptschule) Nördliche Stadtgrenze – Hammerbach in südlicher Richtung bis Einmündung Herderbach – Wasserweg (einschließlich) in südlicher Richtung bis Ebersberger Straße – Ebersberger Straße (einschließlich) in nordwestlicher Richtung bis Einmündung Schillerstraße – in westlicher Richtung entlang BGS-Grundstück bis zur Westerdorfer Straße – in westlicher Richtung bis Bahnlinie Rosenheim / Mühldorf – in südlicher Richtung entlang Bahnlinie bis Ende Hockey-Anlage – in westlicher Richtung über Bahnlinie Rosenheim / München bis Stadtgrenze – westliche Stadtgrenze in nördlicher Richtung – nördliche Stadtgrenze. Dazu für die Jahrgangsstufen 5 bis 9: Das Gebiet des Sprengels der Volksschule Erlenu in Rosenheim ohne die Wohngebiete westlich Ebersberger Straße bis zur Einmündung der Burgfriedstraße; das Gebiet der Gemeinde Schechen; das gemeindefreie Gebiet Rotter Forst-Süd.

2. § 1 Nr. 34 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
34.	Volksschule Hochstätt in Schechen (Grundschule)

Das Gebiet der Gemeinde Schechen;

dazu das gemeindefreie Gebiet Rotter Forst-Süd.

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, 19. Dezember 2006
Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand
Regierungspräsident

OBABl 2007, S. 7

REGIERUNG VON OBERBAYERN

**Zweiunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung
der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volks-
schulen im Landkreis Rosenheim**

Vom 19. Dezember 2006 44-5103-RO-LD-2/06

Auf Grund von Art. 26 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, berichtet S. 632, BayRS 2230-1-1-UK, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006, GVBl S. 397) erlässt die Regierung von Oberbayern folgende Rechtsverordnung:

§ 1

Die Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim vom 30. Mai 1979 (RABl OB S. 179), Neubeschreibungen vom 24. Januar 1985 (RABl OB S. 50) und vom 20. Juli 1990 (RABl OB S. 141, Berichtigung S. 168), zuletzt geändert durch die Einunddreißigste Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Gliederung der Volksschulen im Landkreis Rosenheim vom 19. Dezember 2006 (OBABl 2007, S. 7), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nr. 11 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
11.	Volksschule Edling (Grund- und Hauptschule) Das Gebiet der Gemeinde Edling; dazu die Gemeindeteile Angersberg, Dirnhart und Reischlhilgen der Gemeinde Pfaffing; dazu die Gemeindeteile Fußstätt und Hirschpoint und die Anwesen Haus-Nrn. 1 bis 6 des Gemeindeteils Oed der Gemeinde Soyen. Dazu für die Jahrgangsstufen 5 bis 9: Das restliche Gebiet der Gemeinde Pfaffing; der Gemeindeteil Heumoos der Gemeinde Emmerring (Lkr. Ebersberg); die Gemeindeteile Lettenberg und Zell der Gemeinde Frauenneuharting (Lkr. Ebersberg).

2. § 1 Nr. 25 erhält folgende Fassung:

Lfd. Nr.	Bezeichnung, Sitz und Sprengel der Schule
25.	Volksschule Pfaffing (Grundschule) Das Gebiet der Gemeinde Pfaffing ohne die Gemeindeteile Angersberg, Dirnhart und Reischlhilgen;

dazu der Gemeindeteil Heumoos der Gemeinde Emmering (Lkr. Ebersberg);

dazu die Gemeindeteile Lettenberg und Zell der Gemeinde Frauenneuharting (Lkr. Ebersberg).

§ 2

Diese Rechtsverordnung tritt am 1. August 2009 in Kraft.

München, 19. Dezember 2006

Regierung von Oberbayern

Christoph Hillenbrand

Regierungspräsident

OBABl 2007, S. 7

Landesentwicklung

REGIONALER PLANUNGSVERBAND MÜNCHEN

Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes München für das Haushaltsjahr 2007

I.

Auf Grund § 19 der Verbandssatzung in Verbindung mit Art. 5 Abs. 4 und Art. 7 Abs. 5 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes, Art. 41 Absatz 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit, der Art. 55 ff. der Landkreisordnung erlässt der Regionale Planungsverband München folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit	218 600 €
und im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit	0 €

ab.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 10 000 € festgesetzt.

§ 5

Diese Haushaltssatzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

II.

Die Haushaltssatzung wurde von der Regierung von Oberbayern mit Schreiben vom 4. Dezember 2006, Az.: 12.2-1446 RPV M 07 genehmigt. Die Satzung liegt ab dem Tag der amtlichen

Bekanntmachung eine Woche lang zur Einsichtnahme in der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes München, Uhlandstraße 5, 80336 München, auf.

München, 11. Dezember 2006

Regionaler Planungsverband München

Dieter Hager

Erster Bürgermeister, Verbandsvorsitzender OBABl 2007, S.8

PLANUNGSVERBAND REGION OBERLAND

Bekanntmachung

Am Donnerstag, 18. Januar 2007 um 10:00 Uhr findet im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes Bad Tölz-Wolfratshausen, Prof.-Max-Lange-Platz 1-7, 83646 Bad Tölz, die nächste Sitzung des Planungsausschusses statt.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Eröffnung und Begrüßung

2. Bekanntgaben

a) Raumordnungsverfahren „Hochwasserausgleich Tegernsee, Maßnahmen an der Mangfall in den Landkreisen Miesbach und Rosenheim“
- Abschluss des Verfahrens

b) Raumordnungsverfahren für die Erweiterung des Kiesabbaus der Fa. Gämmerler-Hütwohl in Grafing, Gemeinde Königsdorf, und Leitzinger Au, Gemeinde Wackersberg
- Abschluss des Verfahrens

c) Geplante Errichtung des Mediterana II in Geretsried
- Landesplanerische Überprüfung

d) Fortschreibung der Regionalplankapitel B I Natur und Landschaft, B X Energieversorgung und B XI Wasserwirtschaft
- Abschluss der Verfahren

3. Fortschreibung des Regionalplans
(Beschluss)

4. Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005
(Beschluss)

5. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2007
(Beschluss)

6. Wirtschaftsraum Südbayern. Greater Munich Area e.V. - Mitgliedschaft des Planungsverbandes
(Beschluss)

7. Sonstiges

Weilheim, 20. Dezember 2006

Planungsverband Region Oberland

Luitpold Braun

Verbandsvorsitzender

OBABl 2007, S.8